

Frieden stiften auf Plätzen und in Parks

Zivildienstleistende sollen Konflikte im öffentlichen Raum entschärfen

Wenn Jugendliche auf Plätzen herumlungern, Passanten anpöbeln und Abfall hinterlassen, sollen Zivildienstleistende helfen, Konflikte zu entschärfen. Die ersten Einsätze sind für den Frühling vorgesehen, doch vorläufig reagieren die Gemeinden noch skeptisch.

kg. Wer einen Zivil- statt den Militärdienst absolviert, tut das heute in den verschiedensten Bereichen: Im Naturschutz oder in der Landwirtschaft, in Krippen, Heimen oder Gefängnissen. Schon im nächsten Frühling sollen Zivildienstleistende aber auch im öffentlichen Raum anzutreffen sein. In Zweiergruppen sollen die jungen Männer in den Gemeinden unterwegs sein – nicht als Sicherheitsleute, sondern als Friedensstifter. So ist es im Projekt «Konfliktprävention im öffentlichen Raum durch Zivildienstleistende» vorgesehen, für das der Regierungsrat kürzlich einen Beitrag von 12 000 Franken aus dem Lotteriefonds bewilligt hat. Finanzielle Unterstützung haben auch Stiftungen und Fachstellen wie die Gesundheitsförderung Schweiz oder die Fachstelle für Rassismusbekämpfung zugesagt, ausserdem Kirchen und andere Kantone.

Vorstoss im Nationalrat

Der Zivildienst leiste Beiträge, um «friedensfähige Strukturen aufzubauen und Gewaltpotenziale zu reduzieren», heisst es im Bundesgesetz über den Zivildienst. Darauf stützt sich die Gemeinschaft Schweizer Zivildienstleistender (GSZ) bei ihrem Projekt, das ab kommendem Mai umgesetzt werden soll. In den GSZ-Unterlagen liest man dazu, man wolle herausfinden, ob und wie Zivildienstler «im öffentlichen Raum für das Gemeinwesen gewinnbringend eingesetzt werden können». Der Zuger Nationalrat Josef Lang hat sich in einem Vorstoss kürzlich beim Bundesrat erkundigt, wie Zivildienstleistende verstärkt für den «Abbau gesellschaftlicher Gewalt» beigezogen werden könnten.

Laut Projektleiter Nicolas Zogg geht es dabei um Konflikte, die entstehen, wenn Personengruppen – vor allem Jugendliche – Plätze, Parks, Bahnhofareale und ähnliche öffentliche Räume für sich in Anspruch nehmen und damit anderen Bevölkerungsgruppen ins Gehege kommen oder sich so benehmen, dass diese die entsprechenden Orte meiden. Zu denen, die ausweichen oder weichen müssen, zählen Eltern mit Kindern, die Spielplätze nicht mehr aufsuchen, ältere Menschen, die auf «ihr» Bänklein und die Ruhe im Park verzichten müssen, oder Anwohner, die sich über den von den Jugendlichen verursachten Lärm ärgern. Auch bei Gewalt unter Jugendlichen und Vandalismus sollen die Zivildienstleistenden aktiv werden.

Keine Hilfspolizisten

Da sich die GSZ auf Neuland begibt, fällt die Umschreibung des Pflichtenheftes für die Friedensstifter noch etwas vage aus. Sie sollten im öffentlichen Raum «präsent sein, Kontakte knüpfen, Konflikte und Ursachen wahrnehmen», sagt Projektleiter Zogg. Die Zivildienstleistenden wirkten

als «Scharnier zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung», übten auch eine soziale Kontrolle aus, steht im Projektbeschrieb. Klar ist aber, dass sie nicht als Hilfspolizisten auftreten.

Während der dreimonatigen Versuchsphase sollen jeweils zwei bis drei Zivildienstleistende pro Gemeinde zum Einsatz kommen. Vorgesehen ist, dass sich vorerst drei Gemeinden am Projekt beteiligen – im Idealfall sind sie mittelgross mit rund 10 000 Einwohnern und verfügen nicht bereits über gut ausgebaute soziale Einrichtungen. Eigentlich hätten diese Gemeinden bis Ende November bestimmt werden sollen, doch verzögert sich der Zeitplan – nicht zuletzt wegen der Skepsis der Gemeinden. Am Finanziellen kann es, zumindest auf den ersten Blick, kaum liegen – für einen dreimonatigen Einsatz von zwei Zivildienstleistenden fallen die Kosten für die Gemeinden mit 8000 Franken eher bescheiden aus.

Nicht einfach günstige Problemlöser

Warum also die Zurückhaltung bei den Gemeinden? Trotz den eher tiefen Kosten seien die Zivildienstleistenden nicht einfach «günstige Problemlöser», sagt Zogg. Einerseits sei der Ansatz neu; Erfahrungen mit dem Einsatz von Zivildienstleistenden als Friedensstifter fehlten. Andererseits überlegten sich Behördenmitglieder, auf Repression zu setzen und einen Sicherheitsdienst zu engagieren, was kurzfristig finanziell günstiger sei. Und schliesslich bekomme er auch zu hören, dass man froh sein müsse, wenn man die bestehende Jugendarbeit weiterhin finanzieren könne – für Neues bleibe da kein Spielraum. Ausserdem werde, so Zogg, von den Gemeinden ja erwartet, dass sie reagierten, etwas unternähmen, wenn Zivildienstleistende den Ursachen von Konflikten auf die Spur kämen. Diese zu erkennen, sei zwar wichtig – aber damit allein sei es noch nicht getan.